

02.10.2008

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2717  
des Abgeordneten Rüdiger Sagel fraktionslos  
Drucksache 14/7375

### Jugendoffiziere in NRW

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2717 vom 20. August 2008:

Die Bundeswehr leidet unter einem strukturellen Rekrutierungsproblem, dessen Ursachen das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr 2007 folgendermaßen umschrieb: "Es ist damit zu rechnen, dass den Jugendlichen immer mehr bewusst wird, dass es sich bei der Bundeswehr um eine Armee im Einsatz handelt und dass der Beruf des Soldaten erhebliche Risiken mit sich bringt. Diese Erkenntnis wird bei einem Teil der jungen Männer und Frauen die Bereitschaft verringern, zur Bundeswehr zu gehen." ("Ergebnisse der Jugendstudie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Forschungsbericht 81") Um diesem Problem zu begegnen, setzt die Bundeswehr in den vergangenen Jahren verstärkt auf die "externe Personalgewinnung" unter Jugendlichen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Veranstaltungen mit Jugendoffizieren der Bundeswehr haben in den Jahren 2007 und 2008 an nordrhein-westfälischen Schulen stattgefunden (ggf. aufgeschlüsselt nach Schulform)?
2. Wie viele Schülerinnen und Schüler wurden damit erreicht?
3. War die Teilnahme an diesen Veranstaltungen für die betroffenen Schülerinnen und Schüler verpflichtend?
4. War eine Verweigerung der Teilnahme mit Sanktionen verbunden?

Datum des Originals: 29.09.2008/Ausgegeben: 07.10.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

5. Wurden die Schülerinnen und Schüler über ihr Recht aufgeklärt, den Veranstaltungen fernzubleiben?

**Antwort der Ministerin für Schule und Weiterbildung** vom 29. September 2008 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration:

**Vorbemerkung**

Eine lebendige Gesellschaft ist auf die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, den politischen Prozess zu verfolgen, sich an ihm zu beteiligen und Mitverantwortung zu übernehmen.

Politische Bildung in der Schule zielt auf eine derartige Mündigkeit in der demokratischen Gesellschaft. In einer durch wachsende internationale Verflechtungen gekennzeichneten Welt bedarf es dabei in zunehmendem Maße einer Auseinandersetzung mit Fragen internationaler Politik, auch der Sicherheitspolitik.

Die Jugendoffiziere des Bundeswehr können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

**Zu den Fragen 1 und 2**

Die nachfolgenden Zahlen werden vom Ministerium für Schule und Weiterbildung nicht erhoben und basieren auf Angaben der Bundeswehr:

Schulform	Zahl der Veranstaltungen	Anzahl der Teilnehmerinnen / Teilnehmer
Hauptschule	149	3587
Realschule	228	4952
Gymnasium Sek. I	79	3555
Gymnasium Sek. II	349	9062
Berufsbildende Schulen / FOS	144	3290
sonstige Schulen	38	1253
<b>Summe</b>	<b>987</b>	<b>25699</b>

**Zu den Fragen 3 bis 5**

Jugendoffiziere werden als externe Experten für politische Bildung mit dem Schwerpunkt friedens- und sicherheitspolitischer Fragestellungen durch die für die Unterrichtsgestaltung zuständige Lehrkraft in Abstimmung mit der Schulleitung eingeladen. Die Verantwortlichkeiten und damit die Zuständigkeiten liegen bei der Schule.

Da es sich um eine Unterrichtsveranstaltung handelt, ist die Teilnahme verpflichtend.